NEWSLETTER DEZEMBER 2023

BERND RÜTZEL

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreis: Aschaffenburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK:

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

meine Oma sagte immer: „Wenn Du sparen willst, darfst Du nicht billig kaufen!" An diesen Satz muss ich oft denken, wenn es um die Schuldenbremse geht.

Ist die Schuldenbremse noch zeitgemäß? Grundsätzlich finde ich das schon. Nur so viel auszugeben, wie man hat und nachhaltig zu wirtschaften ist richtig. Aber machen wir es uns nicht zu einfach? Wer kaputte Ziegel auf dem Dach hat und diese nicht ersetzt, spart erstmal viel Geld. Der Schaden wird aber immer größer und am Ende auch teurer. Wir haben in Deutschland die letzten 20 Jahre an der falschen Ecke gespart und wichtige Investitionen nicht getätigt. Schwimmbäder sind marode und müssen schließen, Wohnungen fehlen, Autobahnbrücken werden gesperrt, die Infrastruktur der Bahn ist verschlissen, unsere Verteidigung haben wir vernachlässigt, Kindergärten fehlen — eine Liste, die sich lange fortsetzen ließe. Diese Investitionen sind aber wichtig für unser Land und für die Menschen. Ich finde die Schuldenbremse darf keine Zukunftsbremse werden, deshalb muss sie nach 16 Jahren angepasst werden.

Ich bin noch nicht in Weihnachtsstimmung. Zu groß sind die Probleme im Land. Zu viel liegt noch auf dem Tisch, das bearbeitet werden muss. Dennoch — ich wünsche Ihnen und Euch eine gute Adventszeit.

Gute Lektüre, Ihr/Euer Bernd Rützel

5

Betriebsrätekonferenz der SPD-Fraktion

6

50 Gäste aus AB, MIL & MSP in Berlin

8

Regierungserklärung des Bundeskanzlers

8

Werntalbahn bei quer im Bayerischen Rundfunk

KLARTEXT

DEN ZUSAMMENHALT BEWAHREN

Nachdem das Bundesverfassungsgericht am 15.11.2023 entschieden hat, dass Kredite, mit denen der Staat in einer Notsituation die Folgen einer Krise abmildert, bei Bedarf jedes Jahr neu beschlossen werden müssen, gilt es Ausgaben und Einnahmen besonders kritisch zu prüfen.

Im laufenden Jahr setzen wir die Vorgabe des Gerichts mit einem Nachtragshaushalt um, den die Bundesregierung in dieser Woche ins Parlament einbringt. Dabei soll für 2023 erneut die Ausnahme von der Schuldenbremse beschlossen werden. So sichern wir unter anderem die Hilfen ab, die wir zur Bewältigung der Energiekrise nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ergriffen haben - und die die Menschen und die Wirtschaft wirkungsvoll unterstützt haben -, ebenso wie die Hilfen für die Flutgebiete im Ahrtal.

Im nächsten Schritt gilt es den Haushalt für das nächste Jahr zu überarbeiten. Dabei haben wir die großen Herausforderungen, vor denen unser Land steht, im Blick: Es geht darum, Wirtschaft und Industrie zu modernisieren und zukunftsfähig zu machen, das Klima zu schützen und den Wohlstand und die Arbeitsplätze von morgen zu sichern. Und es geht darum, den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu bewahren und zu stärken. Es bleibt unsere Aufgabe, jetzt die richtigen Entscheidungen für ein wirtschaftlich starkes, klimaneutrales und soziales Land von morgen zu treffen.

Wir sind weiter in einer Krisensituation: Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, der Krieg in Nahost und die Klimakrise, die das Bundesverfassungsgericht selbst vor zwei Jahren mit einer Handlungsaufforderung an die Regierung und an das Parlament versehen hat, sind Herausforderungen, die bewältigt werden müssen.

Der Staat muss jetzt handlungsfähig sein, gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und Investitionen in die Zukunft finanzieren. Wir sind es den zukünftigen Generationen schuldig, heute massiv in Klimaschutz, den Umbau unserer Wirtschaft zu einem klima-neutralen Standort und den Ausbau erneuerbarer Energien für alle Lebensbereiche zu investieren.

Generationengerechtigkeit heißt für uns, dass wir unseren Kindern und Enkelkindern eine gesunde Umwelt, eine zukunftsfähige Infrastruktur, gute Bildung in sanierten Schulen und echte Chancengerechtigkeit für ein Leben in Sicherheit hinterlassen.

Es gibt jetzt mehrere Alternativen: Eine ist die Aussetzung der Schuldenbremse, weitere sind neue, sozial ausgewogene Einnahmen und die Überprüfung aller Ausgaben. Dafür braucht es mehr Verteilungsgerechtigkeit. Deswegen wollen wir, dass Reiche und Superreiche endlich einen angemessenen Beitrag für die nötigen Investitionen in unsere Zukunft leisten.

Eine dritte Option wäre die Weiterentwicklung unserer Verfassung, um Investitionen in die Zukunft nicht als Schulden zu definieren. >>

KLARTEXT — DEN ZUSAMMENHALT BEWAHREN

>> Es ist vernünftig, Investitionen in die Zukunft auch über Schulden zu finanzieren: Wenn wir den Klimawandel jetzt nicht bekämpfen, wird unsere Gesellschaft bald von enormen Folgekosten betroffen sein. Wenn wir jetzt in Bildung investieren, wird das in Zukunft unsere Arbeitsplätze und den Zusammenhalt in der Gesellschaft sichern. Wenn wir jetzt in den Umbau unserer Wirtschaft investieren, wird das in Zukunft unseren Wohlstand sichern.

Die Schuldenbremse ist in ihrer gegenwärtigen Form ein Zukunftsrisiko. Sie bremst Investitionen in gute Infrastruktur, echte Digitalisierung und sichere Arbeitsplätze aus. Das schadet unserer Wirtschaft und dem Zusammenhalt in der Gesellschaft. Es wäre zu wünschen, dass auch CDU/CSU unter Beteiligung ihrer Ministerpräsidenten und Kommunalpolitiker sehen, dass diese Verfassungsreform dringend notwendig ist.

Screenshot Facebook SPD-Bundestagsfraktion

screenshot bundestag.de

SOZIALSTAAT

AM 9. NOVEMBER IM BUNDESTAG

Wir dürfen Debatten über unseren Sozialstaat nicht missbrauchen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schwächen. Manche setzen ihre ganze Kraft dafür ein, Neiddebatten unter denjenigen anzuheizen, die wenig haben. Hier wird unheimlich viel verhetzt, Zahlen werden verdreht, Äpfel werden mit Birnen verglichen, Tatsachen werden verbogen. Wenn wir das tun, dann spielen wir Menschen gegeneinander aus und davon wird unsere Gesellschaft nicht besser. Foto anklicken für das Video!

1918, 1923, 1938, 1989 – der 09.11. zeigt: Hass und Hetze haben immer ins Verderben geführt. In diesem Video nehme ich Sie mit an historische Schauplätze unserer Geschichte. Einfach Foto anklicken!

Bundesnetzagentur

STROMNETZE

TRENNFELD ALS KNOTENPUNKT

In einer Online-Schalte wurde ich Mitte November über Vorhaben zum Netzausbau, die den Raum Main-Spessart/Miltenberg betreffen, von den Übertragungsnetzbetreibern 50Hertz, TenneT und TransnetBW informiert.

Demnach ist der Verlauf der Gleichstromverbindungen mit den Titeln SuedWestLink (DC42/DC42plus) und NordWestLink (DC41) beginnend in Norddeutschland in einem Trassenkorridor über den nördlichen Bereich des Landkreises bei Gräfendorf nach Süden bis Trennfeld (Markt Triefenstein) und weiter bis nach Baden-Württemberg in Planung. Auf Nachfrage erfuhr ich, dass in Trennfeld als Netzknotenpunkt ohnehin die Verstärkung bestehender Hochspannungsleitungen geplant ist. Die Gleichstromverbindungen sind aktuell als Erdkabel geplant.

Erst wenige Tage zuvor hatte die Bayerische Staatsregierung eine weitere Hochspannungs-Gleichstrom-Verbindung (HGÜ) von Norddeutschland nach Bayern gefordert. Das verwundert schon sehr, da vor allem Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) jahrelang die Notwendigkeit zusätzlicher Gleichstromtrassen nach Bayern infrage gestellt hatte. Diese sei jetzt notwendig, um den Strombedarf der bayerischen Industrie und für die Wasserstofferzeugung in Bayern zu decken, heißt es nun der Bayerischen Staatsregierung. Eine überraschende Kehrtwende hin zu einer längst überfälligen, realistischen Einschätzung der Lage, für die wir als SPD jahrelang von Söder und Aiwanger kritisiert wurden.

Aktuell liegt das Vorhaben im Rahmen der Präferenzraumkonsultation noch bis Januar 2024 in Verantwortung der Bundesnetzagentur, die dazu in Online-Veranstaltungen im Dezember die Öffentlichkeit informieren wird. Vor Ort soll am Dienstag, 05.12.2023 in der Mehrzweckhalle in Karlstadt eine Veranstaltung stattfinden. Nur wenn die Verantwortlichen die Bevölkerung rechtzeitig und umfassend informieren, kann diese Mammutaufgabe im Zeitplan umgesetzt werden. Weitere Informationen und eine interaktiven Kartenanwendung, in der man sich die geprüften Strecken und deren Alternativen anzeigen lassen kann, finden Sie auf der Homepage der Bundesnetzagentur.

In der Regierungsbefragung am 08.11. habe ich Hubertus Heil gefragt, wie wir sicherstellen, dass Arbeit sich lohnt. Denn Arbeit muss einen Unterschied machen. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit und des Respekts. Das Video startet mit Klick auf das Foto, dort gibt es auch die Antwort des Ministers.

Andreas Amann

BETRIEBSRÄTE

KONFERENZ DER SPD-FRAKTION

Zum 35. Mal hat die SPD-Fraktion Betriebs- und Personalräte sowie Schwerbehindertenvertretungen in den Bundestag eingeladen. Aus Marktheidenfeld konnte ich Wolfgang Leppig (li.) und Matthias Günther (re.) von Warema begrüßen. Weitere Personal- und Betriebsräte aus Unterfranken hatten sich digital zu der Konferenz zugeschaltet. Deren Motto war: „Fachkräfte gewinnen, unseren Wohlstand sichern: Fachkräftepotenziale nutzen – welche Rolle spielen die Betriebe?" Wir diskutierten über den Arbeitskräftemangel und mit welchen Maßnahmen Betriebsräte und Unternehmen diesem begegnen können. Im Mittelpunkt stehen dabei die inländischen Potenziale: Frauen, Ältere, Menschen mit Handicap und Geflüchtete. Für gute Arbeit müssen die Beschäftigtenvertretungen und die Politik an einem Strang ziehen. Für mich ist es ein ständiges Wechselspiel: Wir Politiker brauchen die Erfahrung der Arbeitnehmervertretungen aus der Praxis für die Gesetze, die wir machen. Die Betriebsräte wiederum brauchen uns, damit wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Vertretungen gesetzlich den Rücken stärken. Deshalb sind diese Konferenzen so wichtig.

sweetlouise @ pixabay

VERKEHR

BUNDESRAT BREMST REFORM AUS

Der Bundestag hatte mit einer Änderung des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) den Weg für eine Reform der Straßenverkehrsordnung (StVO) frei gemacht. Am vergangenen Freitag hat der Bundesrat überraschend seine Zustimmung zum StVG verweigert und den Vermittlungsausschuss angerufen. Der Änderung der StVO fehlte damit die Grundlage. Die Abstimmung hierüber wurde abgesetzt. Damit geht das Gezerre darum, ob bei behördlichen Anordnungen neben der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auch Ziele des Klima- und Umweltschutzes, der Gesundheit oder der städtebaulichen Entwicklung zu berücksichtigen sind, in die nächste Runde. Auch die Debatte über die Gleichrangigkeit aller Verkehrsteilnehmer, der sich der Verkehrsminister widersetzt hatte, wird erneut zu führen sein. Die Entscheidung im Bundesrat ist vor allem für die Kommunen, die mehr Handlungsspielraum im Straßenverkehrsrecht – etwa für Tempo-30-Zonen — erhalten sollten, eine bittere Pille. Ich hoffe, dass im Vermittlungsausschuss eine Lösung gefunden wird, die abseits von parteitaktischen Erwägungen im Sinne der Kommunen und der Sicherheit im Verkehr ist.

Inga Haar, Deutscher Bundestag

BERLIN-FAHRT

GÄSTE AUS AB, MIL & MSP

Am Vortag eines historischen Datums durfte ich fast 50 Gäste aus meinem Wahlkreis im Berliner Reichstagsgebäude begrüßen. Zu Beginn unseres Gesprächs verwies ich auf historische Ereignisse, die am 09.11. Deutschlands Geschichte geprägt haben – von der Ausrufung der Republik 1918, über den Putsch-Versuch von Adolf Hitler 1923 in München und die Reichspogromnacht 1938, bis zum Fall der Berliner Mauer 1989.

Ausgehend von diesen Ereignissen entwickelte sich eine angeregte Diskussion über Lehren aus der Geschichte, aktuelle Gefahren und konkrete politische Fragen. Meine Gäste aus meinem Betreuungswahlkreis Aschaffenburg, aus Miltenberg und Main-Spessart hatten zuvor an einer Plenardebatte teilgenommen, die Spuren der Geschichte im Berliner Reichstagsgebäude entdeckt und von der Dachterrasse aus den Blick über die Hauptstadt genossen.

Neben dem Besuch des Bundestages und konnten die Gäste das Bundespräsidialamt, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, die Bayerische Landesvertretung und das Humboldtforum im wieder aufgebauten Berliner Schloss besichtigen.

geralt @ pixabay

GRENZENLOS

DER MINDESTSTEUERSATZ KOMMT

Große, weltweit tätige Konzerne verschieben ihre Gewinne oft in Steueroasen. Künftig werden sämtliche Gewinne, die ein Konzern weltweit erwirtschaftet, mit 15 Prozent versteuert, ganz egal, wo sie entstehen. 2021 konnte innerhalb der OECD und der G-20 eine Einigung auf einen Mindeststeuersatz von 15 Prozent erzielt werden. Um dies in der EU einheitlich umzusetzen, haben sich die Mitgliedstaaten im Dezember 2022 auf eine Richtlinie geeinigt. Diese muss bis Ende 2023 umgesetzt werden, was wir Mitte November im Bundestag getan haben.

Die Mindestbesteuerung gilt für alle international tätigen Unternehmen und inländischen Konzerne mit einem Jahresumsatz über 750 Mio. Euro. Bislang zahlen deren Tochterunternehmen, die in Steueroasen sitzen, kaum Steuern und der Gesamtkonzern profitiert davon. Das ist künftig nicht mehr möglich. Die vorgesehenen Nachversteuerungsregelungen stellen eine globale effektive Mindestbesteuerung sicher und wirken schädlichem Steuerwettbewerb und aggressiven Steuergestaltungen entgegen. Sie tragen damit zur Förderung der Steuergerechtigkeit und Wettbewerbsgleichheit bei.

Paul Alexander Probst

GEWALT

GEGEN FRAUEN

Der 25. November ist der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen. Gemeinsam gilt es, ein sichtbares Zeichen gegen Diskriminierung und Gewalt gegenüber Frauen zu setzen. Die Zahl der Opfer von Häuslicher Gewalt lag im Jahr 2022 bei 240.547 Opfern und ist damit um 8,5 Prozent im Vergleich zum Jahr 2021 gestiegen.

Erfährt eine Frau Gewalt, ist kaum etwas so wichtig wie schnelle Unterstützung und Hilfe. Und kaum etwas ist so schwierig, wie über die erlebte Gewalt zu sprechen. Deshalb sind Angebote wie das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen" so wichtig. Rund um die Uhr, anonym, kostenlos und in 18 Fremdsprachen sowie in Gebärdensprache erhalten betroffene Frauen beim ersten Schritt aus der Gewalt professionelle Beratung. Auch Angehörige oder Fachkräfte können sich an das Hilfetelefon wenden. Die Beratung kann per Chat, E-Mail oder Telefon stattfinden. Hier gibt es alle Informationen dazu sowie alle Kontakte, um schnell Hilfe zu bekommen.

#schweigenbrechen — in Berlin gemeinsam mit Anna Strvtecky und Helga Raab-Wasse!

Büro Rützel

BÄCKEREI

VOR ORT MIT VOLKMAR HALBLEIB

Wer auf dem Land lebt weiß, wie wichtig es ist, eine Bäckerei im Ort zu haben (genauso wie eine Metzgerei, Gaststätte, Einkaufsladen). Und wenn die Bäckerei dann noch über Jahrzehnte in Familienbesitz ist, regionale Rohstoffe verwendet und auf das traditionelle Bäckereihandwerk setzt, ist das unschlagbar.

Die Bäckerei Rüb in Langenprozelten ist so eine Bäckerei. Gemeinsam mit Volkmar Halbleib war ich vor Ort, um mit den Bäckermeistern Berthold und Thomas Rüb über aktuelle Herausforderungen der kleinen Bäckereien im ländlichen Raum zu sprechen. Es ging also unter anderem um Energie- und Rohstoffpreise, Bürokratieanforderungen aufgrund von zahlreichen Vorschriften, und Kosten, die in den zahlreichen notwendigen Geräten stecken, vom Kunden aber natürlich nicht gesehen werden.

Bei all den Themen gibt es wie immer kein schwarz-weiß, wie auch Thomas Rüb bestätigt hat. Etwas mehr Flexibilität beispielsweise bei den Förderprogrammen für Geräte wäre aber wünschenswert, denn die Anschaffung neuer Geräte ist meist nicht planbar. Bei einem Ausfall muss es dann aber schnell gehen. Wir bleiben an den Themen dran.

Screenshot PhoenixTV

HAUSHALT

REGIERUNGSERKLÄRUNG

Über die Regierungserklärung von Olaf Scholz vom 28.11. wird viel diskutiert. Doch was genau hat er eigentlich gesagt? Hier gibt es die Rede als Video. Und hier kann man seine wichtige Rede nachlesen.

„Ich will, dass Deutschland ganz vorne dabei ist" – Olaf Scholz hat in seiner Regierungserklärung deutlich gemacht, dass die Bundesregierung an ihrem Modernisierungskurs und an ihren Investitionen in die Infrastruktur unverändert festhält.

Kanzler Scholz machte klar, dass wir bei der Unterstützung der Ukraine und der Bewältigung der Energiekrise nicht nachlassen dürfen. Und zugleich wäre es ein schwerer, unverzeihlicher Fehler, angesichts der akuten Herausforderungen die Modernisierung Deutschlands zu vernachlässigen. „Diese Modernisierung ist nötig und richtig", so der Kanzler.

„Nur wenn sich Deutschland modernisiert, werden wir in der Lage sein, auch künftig auf unvorhergesehene Krisen kraftvoll zu reagieren."

Screenshot quer

QUER

WERNTALBAHN IM TV

„Überall in Bayern gibt es Bahnstrecken, die einst aus Kostengründen stillgelegt wurden, heute aber von vielen wieder gern genutzt würden. Solche Strecken wollten Bund und Länder eigentlich reaktivieren, trotzdem geht vor allem in Bayern bei der Reaktivierung viel zu wenig voran."

So heißt es im Beitrag von quer, der bekannten Sendung des Bayerischen Rundfunks. Wer will da widersprechen …

Auch die Situation bei uns mit der Werntalbahn wird thematisiert, wenn auch ein wenig kurz, wie ich finde. Die grundsätzliche Problematik wird aber sehr gut am Beispiel der Ilztalbahn dargestellt. Schaut gerne mal rein, das Video startet mit Klick auf das Foto oben.

Und seid Euch versichert: Gemeinsam mit dem SPD Kreisverband Main-Spessart und vielen anderen arbeite ich weiter für die Reaktivierung der Werntalbahn, auch wenn die Bayerische Staatsregierung weiterhin auf der Bremse steht und ihre Versprechungen nicht einhält.

Büro Rützel

SYNAGOGE

IN LAUDENBACH

„Gebaut habe ich ein Haus zur Wohnung dir": So lautet die teilweise ausgemeißelte Inschrift über dem Portal der Laudenbacher Synagoge. Anfang November war ich gemeinsam mit unserem Landtagsabgeordneten Volkmar Halbleib vor Ort. Seit Jahren ist die Synagoge sowohl innen als auch außen in keinem guten Zustand. Jetzt haben die Sanierungsarbeiten begonnen. Auf meine Initiative hin werden diese mit 250.000 Euro aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm des Bundes gefördert.

Georg Schirmer, Vorsitzender des Förderkreises ehemalige Synagoge Laudenbach, und Karl-Heinz-Stumpf, Schriftführer des Förderkreises, haben uns erneut viel Wissenswertes über die Synagoge berichtet. So ist das genaue Alter der Synagoge unbekannt, eine erste schriftliche Erwähnung ist aber auf das Jahr 1657 datiert. Damit zählt die Laudenbacher Synagoge zu einer der ältesten noch bestehenden Dorfsynagogen in Deutschland. Ich bin froh, dass an ihrem Erhalt gearbeitet wird und ich ein Stückchen dazu beitragen konnte. Viele Informationen zur Geschichte der Synagoge und der ehemaligen jüdischen Gemeinde Laudenbach gibt es hier: synagoge-laudenbach.de

VGTFF @ pixabay

TARIFTREUE

ASCHAFFENBURG GEHT VORAN

Der Stadtrat in Aschaffenburg hat beschlossen, bei künftigen Vergaben der Stadt zeitgemäße Tarif-, Sozial- und Nachhaltigkeitsstandards zu berücksichtigen. Damit ist die Stadt eine der ersten Kommunen , die auf Tariftreue bei der Vergabe achtet. Heute arbeiten nur noch 50 Prozent unter dem Dach von Tarifverträgen. Das ist ein Problem, weil viele Rechte von Beschäftigten sowie eine gute Entlohnung nur durch die Tarifautonomie zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften ausgehandelt werden.

Bayern ist gemeinsam mit Sachsen leider das einzige Bundesland, das kein Tariftreuegesetz hat. Umso besser, dass Aschaffenburg die Initiative ergriffen hat. Denn Tarifbindung sorgt nicht nur für gute Löhne. Das neue Vergaberecht sorgt auch dafür, dass mit unseren Steuergeldern nicht den billigen Jakob unterstützen wird, sondern faire Betriebe. Die hätten ohne diesen Schutz nämlich einen Wettbewerbsnachteil gegenüber den Billigheimern. In Berlin arbeiten wir deshalb gerade an einer Reform des Vergaberechts, um die öffentliche Auftragsvergabe des Bundes an die Einhaltung eines repräsentativen Tarifvertrages der jeweiligen Branche zu binden.

KURZ & KNAPP

TERMINE IM NOVEMBER

Büro Rützel

BÜRO-JUBILÄUM

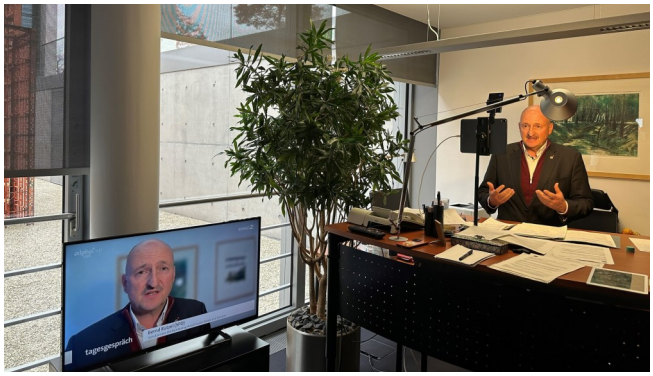
Anlässlich meines Büro-Jubiläums gab es am 20. November eine XXL-Sprechstunde in Gemünden mit Kaffee und Kuchen. In dieser angenehmen Runde beantwortete ich Fragen zu Rente, der Situation unserer (Last-)Kraftwagenfahrer oder dem Bau neuer Stromleitungen in unserer Region. Vielen Dank für den Besuch im Bürgerbüro und den großen Zuspruch! Besonders gefreut habe ich mich auch, dass langjährige Wegbegleiter zum Jubiläum vorbeigeschaut haben!

KOLPINGJUGEND IN BERLIN

Büro Rützel

Felix Zull aus dem SPD-Ortsverein Güntersleben ist war als Teilnehmer der jugendpolitischen Bildungswoche der Kolpingjugend in Berlin, um die Arbeit im Parlament aus der Nähe zu beobachten. Wir haben uns zu einem Gespräch getroffen, bei dem wir viel zu besprechen hatten. Schließlich arbeitet er bei der Deutschen Rentenversicherung Nordbayern. Dort kümmert er sich um die Abgleich mit der rumänischen Rentenversicherung bei Versicherten, die in beiden Ländern eingezahlt haben.

INTERVIEW ZUM BÜRGERGELD



Büro Rützel

Anfang November stand ich im Bayerischen Rundfunk eine Stunde lang Rede und Antwort zum Bürgergeld. Die Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger, die in der Sendung angerufen haben, waren hochinteressant. Und anders als es manche Kommentarspalte erwarten lässt, waren die Meinungen sehr ausgewogen. Die Sendung in BR2 und BR alpha gibt es mit einem Klick auf das Foto.

SPD ASCHAFFENBURG

Auch nach der Wahl sind die Aschaffenburger fleißig: Infostand der SPD Aschaffenburg vor der City Galerie u.a. mit Manuel Michniok und Helga Raab-Wasse.

SPD Aschaffenburg

KURZ & KNAPP

TERMINE IM NOVEMBER

Bernd Rützel

VOLKSTRAUERTAG

Auf dem Ehrenfriedhof in Gemünden gedachte ich zusammen mit Vertretern der Bundeswehr, Reservisten und vielen Bürgerinnen und Bürgern den Gefallenen der Weltkriege. Und wir beteten für die Opfer der aktuellen Kriege auf der Welt. Selten war so ein Gedenktag aktueller als in diesem Jahr.

BÜRGERDIALOG IN ERLENBACH

SPD Erlenbach

Über 40 Zuhörerinnen und Zuhörer kamen zum Bürgerdialog, zu dem der Ortsverein Erlenbach mit seiner Vorsitzenden Helga Raab-Wasse eingeladen hatte. Das war eine lebhafte, anregende Diskussion, die mir viel Freude gemacht hat. Vielen Dank für diesen tollen Abend!

SCHWEINFURT

Büro Rützel

Zur Diskussionsveranstaltung „Wandel der Gesellschaft — Folgen für die Arbeit" luden die Akademie für politische Bildung Tutzing und die Bundesagentur für Arbeit nach Schweinfurt ein. Mein Impulsvortrag lautete: „Herausforderungen für die Arbeitswelt: Antworten der Gesetzgebung". Es war eine hochkarätige, sehr informative und dazu bestens organisierte Veranstaltung.

BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT

Antrittsbesuch bei der neuen Chefin der Arbeitsagentur Aschaffenburg, Thekla Schlör. Der stete Wandel der Arbeitswelt beschäftigt uns beide. Frau Schlör war vorher Agenturchefin in Landshut, TBB und Göppingen sowie zuletzt in der Zentrale der Bundesagentur dafür zuständig, dass Digitalisierung und Arbeitsvermittlung zum Nutzen von Arbeitssuchenden zusammengebracht werden. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit!

Büro Rützel

KURZ & KNAPP

TERMINE IM NOVEMBER

Büro Rützel

SCHÜLERPRAKTIKANTIN

Bereits Ende Oktober hatten wir im Bürgerbüro in Gemünden mit Stella Musa eine Schülerin aus dem Karl-Theodor-von-Dalberg-Gymnasium als Schülerpraktikantin zu Gast. Eine Woche schaute sie uns über die Schulter und arbeitete fleißig mit.

DÜKER IN KARLSTADT

Büro Rützel

Vor dem Werkstor von Düker in Karlstadt habe ich mich mit der IG-Metall und dem Betriebsrat getroffen. Düker ist ein wichtiger Arbeitgeber in meinem Wahlkreis. Bis Ende Juni 2024 will die Geschäftsleitung die Gießerei am Standort Karlstadt schließen. Wir kämpfen gemeinsam um den Erhalt von Arbeitsplätzen und des gesamten Standorts. Zum Video geht es mit Klick auf das Foto!

VORLESETAG IN WERNFELD

Was machen drei Pinguine und eine Taube, die der Sintflut entkommen wollen? Sie verabreden sich: „An der Arche um Acht". So lautet auch der Titel des Buches von Ulrich Hub, aus dem ich anlässlich des bundesweiten Vorlesetages an der Grundschule Wernfeld vorlas. Die witzige und mitunter freche Art und Weise dieser etwas anderen Arche-Noah-Geschichte kam gut an bei den Schülerinnen und Schülern der ersten Klasse, bestätigte Lehrer Andreas Eggers: „Die Erzählung, die ganz unbeschwert große Lebensfragen thematisiert und zum Nachdenken und Diskutieren anregt, ist wirklich sehr gelungen. Und man hat auch gemerkt, dass Herr Rützel Übung im Vorlesen hat und beim Vortragen mit Haut und Haaren dabei ist. Herr Rützel darf gerne wieder kommen und vorlesen", bedankte sich Eggers abschließend vielmals und überreichte mir mit den Kindern eine schöne Urkunde.

Andreas Eggers

TAGESAKTUELL INFORMIERT:

facebook.com/BerndRuetzelMdB

instagram.com/bernd_ruetzel

bernd-ruetzel.de

GASTBEITRAG

VON MDL MARTINA FEHLNER

Büro Martina Fehlner

Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Tourismus– und Medienpolitische
Sprecherin der SPD-Fraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Startschuss ist erfolgt: Der neu gewählte Bayerische Landtag hat inzwischen seine Arbeit aufgenommen. Den offiziellen Auftakt zur 19. Legislaturperiode bildete die konstituierende Sitzung des Landesparlaments am 30. Oktober mit der Wiederwahl von Landtagspräsidentin Ilse Aigner. Nur einen Tag später wurde der bayerische Ministerpräsident im Amt bestätigt. Markus Söder wird die bestehende Regierungskoalition von CSU und Freien Wählern auch in dieser Wahlperiode weiterführen.

In der folgenden Sitzung stand die Vereidigung des Kabinetts auf der Tagesordnung: Mit Judith Gerlach sind in der neuen Regierung auch zwei Politikerinnen aus Unterfranken vertreten.

Insgesamt setzt sich der neue Landtag nun aus 203 Mitgliedern zusammen, die sich – nachdem die FDP nicht mehr vertreten ist – auf fünf Fraktionen aufteilen. Enttäuschend ist für mich die Tatsache, dass der Frauenanteil im Parlament weiter gesunken ist: nur ein Viertel aller Abgeordneten ist weiblich. Diesen Negativ-Trend zu brechen, sollte ein Ziel aller vertretenen Parteien sein. Als positives Beispiel geht immerhin die SPD-Fraktion mit einem Frauenanteil von 59 Prozent voran.

Nicht kleinzureden ist dagegen, dass das ernüchternde Wahlergebnis vom 8. Oktober ganz konkret zu einer Verkleinerung der Fraktionsstärke der SPD von 22 auf 17 Sitzen führt. Das ist bitter, dient meinen Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen aber zugleich auch als Ansporn.

Denn unser Anspruch ist es, die Politik der kommenden fünf Jahre konstruktiv mitzugestalten. Wir werden nicht nachlassen, unsere Vorstellungen von einer sozialen, gerechten und toleranten Gesellschaft aktiv in die parlamentarische Diskussion einzubringen und klar und transparent zu kommunizieren.

Ich selbst werde neben meiner Funktion als Sprecherin für Tourismuspolitik sowie als Sprecherin für Medienpolitik dem Ausschuss für Eingaben und Beschwerden angehören. Ein spannendes, vielfältiges und bürgernahes Aufgabengebiet.

Ich hoffe sehr, dass die SPD in Bayern wieder zu ihrer Stärke zurückfindet. Die jüngst geschmiedete, schwarz-rote Regierungskoalition in unserem Nachbarland Hessen ist jedenfalls ein Lichtblick, der Mut macht. Leider war eine ähnliche Konstellation in Bayern nicht möglich.

Nun freue ich mich auf die vielfältigen und interessanten Aufgaben, die mich in den kommenden fünf Jahren erwarten.

Herzlichst
Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244|Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehlner.de